

G. ORA. 1918.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Johann Michew.  
Wien. I. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 9. Oktober 1918. Nr. 350.

Am dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. Zatzka werden die Kosten für die Inneneinrichtung der neuen Schlachthalle im Schlachthaus Meidling in der Höhe von 38.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schmid wird die Anschaffung von drei Kesselblechaltern für die Zentrale Engertstrasse der städtischen Elektrizitätswerke mit den Kosten von 14.600 Kronen genehmigt. - Die Aufstellung eines Pumpenaggregates in der Zentrale Engertstrasse der städtischen Elektrizitätswerke wird mit den Kosten von rund 70.000 Kronen genehmigt. - Für die Errichtung einer Transformator- und Schaltanlage Kottlingbrunn wird ein Betrag von 177.000 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird die Zahl der für die Prämierung von Schrebergärten bewilligten Preise von je 10 Kronen von 750 auf 800 erhöht. - Die Anschaffung von Dezimalwagen für die städtischen Kohlenlagerplätze wird mit den Kosten von 16.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider wird der monatliche Mietbetrag für Gasbügeleinrichtungen vom 1. November an auf 50 h erhöht. - Ein Antrag des StR. Müller, über alle provisorischen Angestellten, die bisher nicht definitiv geworden sind, ehe baldigst eine Vorlage dem Stadtrate zu unterbreiten, wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Stiftungen. Im November gelangen die Zinsen der Georg und Anna Fillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind: Bürger der ehemaligen Vorstadt Laingrube genossen vor allen anderen Bewerbern den Vorzug. Gesuche sind bis längstens 15. Oktober in der Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf einzubringen. - Bei der Bezirksvorsteherung Josefstadt werden die Zinsen der Stiftung Strozzigrund an solche Arme, welche längere Zeit am ehemaligen Strozzigrund wohnen, zur Verteilung gelangen. Gesuche sind bis 16. d.M. unter Anschluss des polizeilichen Meldzettels, der pfarrämtlichen Lebensbestätigung und eines Armutszugnisses in der Kanzlei des 8. Gemeindebezirkes zu überreichen.

Zur Abgabe der Türklinken und Metallgegenstände.

Vom Stadtrate wurden am 9. August gegen die Abnahme der Türklinken und die neuerliche Ablieferung von Metallgegenständen im Wiener Gemeindegebiete ernste Vorstellungen an das Ministerium für Landesverteidigung erhoben. In deren Erwiderung gelangte ein Erlass dieses Ministeriums an den Stadtrat, der in der letzten Sitzung zur Kenntnis gebracht wurde. Dieser Erlass beinhaltet, dass von der Durchführung der Metallklinkenabnahme nicht abgegangen werden kann, doch wird diese Aktion in Wien nicht früher einsetzen, als bis in Ungarn nicht nur ein gleichzeitiger Beginn, sondern auch eine gleichmässige intensive Fortsetzung der Klinken-Austauschaktion ernstlich gewährleistet sein wird. Der Zeitpunkt, zu dem diese Voraussetzung vorliegen wird, wird vom Landesverteidigungsministerium seinerzeit bekanntgegeben werden. Bezüglich der Ablieferung weiterer Metallgegenstände im Sinne der Ministerialverordnung vom 25. Juni 1917 wurde vom Ministerium

angeordnet, dass diese Ablieferungsaktion ehestens durchzuführen ist.

Der Stadtrat nahm nach einer Wechselrede, an der sich VB. Rain, und die Stadträte Grünbeck, Dr. Hein, Hötzel und Zatzka beteiligten, die Antwort des Landesverteidigungsministeriums mit Bedauern zur Kenntnis, konnte sich jedoch nicht der Meinung anschliessen, dass der Ersatz der Schäden, die durch die Abnahme der Klinken verursacht werden, undurchführbar sei. Der Stadtrat stellte von neuem die Forderung auf, dass das Landesverteidigungsministerium die Schäden, die durch diese Massnahmen entstehen, ersetze.

Todesfall. Gestern starb Dr. Wattersee an den Folgen der spanischen Grippe der pensionierte Direktor des Wiener Konskriptionsamtes Julius Berger. Er war durch viele Jahre als Leiter in der Konskriptionsamtsabteilung für den 14. und 15. Bezirk, dann in leitender Stellung im Konskriptionsamte im Rathause tätig und hat durch seine persönliche Liebenswürdigkeit und seinen Pflichteifer sich allgemeiner Wertschätzung und Beliebtheit erfreut. Er war auch viele Jahre als Revisor im Stenographenamte des Wiener Gemeinderates und des n.ö. Landtages tätig.

W i e n e r G e m e i n d e r a t .

Sitzung vom 9. Oktober 1918.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und hält dem Gemeinderate August Schmidt einen warmempfundenen Nachruf, in welchem er ausführt:

Wer unseren verbliebenen Kollegen gekannt hatte, musste ihm gut gesinnt sein. Ein echter Wiener, vereinte er alle Bürgertugenden, die die Bewohner unserer Stadt auszeichnen. Hilfreich, wo immer er einem Bedrängten beistehen konnte, jederzeit bedacht auf das Wohl und Interesse seiner Mitbürger und liebenswürdig und entgegenkommend im Verkehr mit seinen Kollegen. August Schmidt war uns ein hochgeschätzter und vor allen geachteter Kollege. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Mehr als 18 Monate sind seit dem denkwürdigen Tage verstrichen, da der Gemeinderat im Namen der Wiener Bevölkerung in diesem Saale die Bestrebungen unseres Ministers des Aeussern einhellig und herzlichst begrüßte, die dahin gingen, es sollen die Kriegführenden auf dem Boden der Gerechtigkeit Verhandlungen zur Erzielung des Friedens einleiten. Und unvergessen bleiben uns die Worte des Grafen Czernin, mit welchen er sein menschenversöhnendes Programm von dem Aufbau einer neuen Weltordnung, dem allgemeinen Völkerbunde, dem internationalen Schiedsgericht und der allgemeinen Abrüstung entwickelte.

Mit voller Zustimmung begrüßen wir heute den neuerlichen gemeinsamen mit den Verbündeten gemachten Vorschlag der k.u.k. Regierung zur Vorbereitung des Friedens.

Der Friede, den die Völker sehnlichst erhoffen, soll, damit er nimmer von den Menschen weiche, das Recht und die Gerechtigkeit bringen für alle Länder und Völker.

Auf dem Boden der Gerechtigkeit soll ein neues Oesterreich mit freien Völkern erblühen und seine Mission im Völkerbunde erfüllen. Wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Weltprinzip erhoben wird, dann wollen wir Deutsche in Oesterreich dieses Recht, das alle anderen Nationen für sich begehren, auch für uns voll und ganz in Anspruch nehmen. Wir rechten nicht mit der Vergangenheit, unser Blick ist mit ernster Ent-

schlossenheit nach der Zukunft gerichtet, die mehr denn je die Einigkeit aller Deutschen in Oesterreich verlangt. (Neuerlicher lebhafter Beifall).

Und so darf der Gemeinderat der Stadt Wien als Vertreter des größten deutschen Gemeinwesens der Monarchie in diesen hochernsten Stunden nicht verfehlen, an die Deutschen in Oesterreich die dringende Mahnung zur Einigkeit zu richten. Der Gemeinderat gibt der Erwartung Ausdruck, daß sich alle Deutschen Oesterreichs in fester Geschlossenheit zusammenfinden und selbstbewußt und mit Zielsicherheit die Geschicke des deutschen Volkes in Oesterreich in die Hand nehmen. (Anhaltende neuerliche Zustimmung).

Gespendet haben: Cälestine Buechele für die Armen des 20. Bezirkes K 2000.--, Gräfin Luise Fünfkirchen zugunsten von alten Pfründnern und Pfründnerinnen K 1000.--, Emilie Nedomansky für Arme des 4. Bezirkes K 500.--, Dr. Guido Müller für die Armen des 3. Bezirkes K 200.-- und Anna Schnelzer für wohltätige Zwecke K 100.--

Schriftführer Gr. Stangelberger dankt dem Einberuf.

GR. Breuer fragt in Angelegenheit der seit einigen Wochen tief beunruhigende Nachrichten bezüglich Gründung staatlicher Grosswarenhäuser, ob der Bürgermeister geneigt sei, in dieser bedeutamen Angelegenheit bei den massgebenden Stellen unter Rücksichtnahme auf die nachdrückliche Versicherung des Finanzministers, dass die Regierung keinerlei Absichten habe, solche Betriebe ins Leben zu rufen, sich Klarheit zu verschaffen und mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass diese Erklärung des Finanzministers trotz aller Gegenströmungen und Beeinflussungen dauernd aufrecht erhalten bleibe?

Der Bürgermeister erwiderte, dass er bereits den Magistrat beauftragt habe, das ganze Material zur Beurteilung des Gegenstandes zu sammeln. Das Referat ist bereits fertiggestellt und wird morgen im Stadtrat behandelt werden, wo es sich zeigen wird, ob mit Beschlüssen dieser Körperschaft Genüge getan ist oder ob diese hochwichtige alle Gewerbetreibenden und alle Organisationen des mittelständigen Gewerbes betreffende Angelegenheit dem Gemeinderat vorgelegt werden soll.

GR. von Steiner stellt folgende Anfrage: Die Wohnungsnot in Wien steigt von Tag zu Tag. Dass eine gründliche Abhilfe, wie sie das grossezügige Wohnungsprogramm des Gemeinderates vorsieht, erst nach Friedensschluss möglich ist, sieht jedermann ein. Mit Recht aber kann die Bevölkerung erwarten, dass wenigstens die vorhandenen Wohnungen restlos zur Verfügung stehen und dass mit ihnen kein Wucher getrieben werde. Für die Unterbringung der Flüchtlinge und der Fürsorge-Einrichtungen für dieselben sind in den verschiedenen Bezirken zahlreiche Gebäude und Wohnungen in Anspruch genommen worden; die Bevölkerung erwartet, dass diese Wohngelegenheiten nach Abzug der Flüchtlinge nicht der privaten Preistreiberei, sondern durch die Gemeinde den Wohnungsuchenden zugänglich gemacht werden. In dieser Beziehung hat auch der Gemeinderat Beschlüsse gefasst. Es ist mir aber nicht bekannt, ob und welche Ergebnisse erzielt wurden. Gerechte Erhaltung verursacht der Wucher, welcher mit möblierten Wohnungen und mit Ablösegeldern getrieben wird. Während der Hausbesitzer durch die Mieterschutzverordnung schwer betroffen und oft in bedrängter Lage sich befindet, sind es jetzt vielfach die Mieter selbst, welche förmlichen Schleichhandel mit Wohnungen treiben. Auch in dieser Beziehung ist nach Zeitungenachrichten die Gemeindeverwaltung bereits an die Regelung herangetreten, eine Erledigung ist jedoch nicht bekanntgeworden. Es wird daher gefragt:

Ist der Bürgermeister bereit, mitzuteilen, welches der Stand der fraglichen Angelegenheit ist und welche Anordnungen von den Behörden getroffen wurden, um die von der Bevölkerung mit Recht aufs schärfste verurteilten Uebelstände zu beseitigen?

*Diese Interpellation beruht nun vorwiegend auf dem besprochenen Fragebogen des H. M.*  
Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Schon auf Grund des

Gemeinderatsbeschlusses vom 21. März d. J. habe ich mich an die Regierung gewendet, um alle Flüchtlingsfürsorge-Einrichtungen in Wien der Gemeinde zu sichern. Ich habe die Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass die Forderung unbedingt in einer dem Kriegsteilungsgesetze gleichartigen Weise ermöglicht werden müsste. Am 8. April, am 3. Mai und am 16. Juli bin ich an das Ministerium des Innern, unterm 3. August an den Ministerpräsidenten herangetreten. Unterm 17. September d. J. habe ich neuerlich dringend an den Ministerpräsidenten geschrieben. Auch mündlich habe ich jede Gelegenheit ergriffen, die besondere Dringlichkeit der Erledigung zu betonen. Trotz alledem ist sie bis heute noch immer nicht erfolgt.

Ganz ähnlich verhält es sich mit den Uebelständen, welche in der Wohnungsvermietung eingetreten sind. Ich habe unterm 20. August d. J. dringend bei dem Justizminister und bei dem Minister für soziale Fürsorge Strafmassregeln gegen den Unfug der Ablösegehalte und gegen den Wucher mit möblierten Wohnungen gefordert. Auch hierauf ist mir noch immer keine Erledigung zugekommen. Die Wurzel des Übels sitzt aber viel tiefer, sie besteht in der anarchischen Gestaltung unseres Wohnungswesens überhaupt. Die Gemeindeverwaltung hat schon vor Jahren erkannt, dass das Wohnungswesen und das Wohnungsrecht einer allgemeinen Regelung bedürftig sind. Indem ich in dieser Beziehung auf die Gemeinderatsbeschlüsse vom 20. Juni 1913, vom 28. November 1913 und vom 27. März 1914 verweise, habe ich besonders hervor, dass schon damals die Erlassung eines Wohnungsgesetzes als notwendig bezeichnet und die ehestige Veröffentlichung des schon damals fertiggestellten Gesetzentwurfes verlangt wurde. Schon damals hat der Gemeinderat die gesetzliche Sicherstellung eines zwangswiseisen Wohnungsnachweises gefordert. Alle diese so berechtigten Forderungen der Gemeinde Wien haben keine Erledigung gefunden. Nicht einmal die bescheidene Bitte nach Veröffentlichung eines schon fertiggestellten Entwurfes wurde erfüllt.

Es lässt sich jetzt aktenmässig nachweisen, dass bei rechtzeitiger und voller Erfüllung der Forderungen der Gemeinde Wien die Uebelstände, welche der Frage gestellt darlegt, vollständig hätten vermieden werden können. Wenn z. B. durch den allgemeinen Wohnungsnachweis für einen so wichtigen Lebensbedarf, wie es die Wohnung darstellt, der bisher gänzlich fehlende geregelte Markt geschaffen worden wäre, hätte der Schleichhandel in Wohnungen keine Gelegenheit zur Tätigkeit gefunden und der Erfolg wäre umso durchgreifender gewesen, als die Wohnungen keine Ware darstellen, die man verschleppen kann. Aber alle Vorstellungen der Gemeindeverwaltung sind unbeachtet geblieben und das Uebel ist heute so weit gediehen, dass ich sehr befürchte, es werde, selbst wenn die Regierung in letzter Stunde sich zu einem Entschlusse aufraffen sollte, zur Abhilfe schon zu spät sein. Es ist immer dasselbe Bild: wenn die Ware weg ist, kommt die Regierungsverordnung. Ich verkenne keineswegs, dass die Regierung mit vielen und schweren Sorgen belastet ist, aber ich glaube, die Bewohner Wiens haben ein gutes Recht darauf, dass so wichtige Angelegenheiten auch die gebührende Beachtung finden und die autonome Verwaltung der Stadt Wien kann eine andere Behandlung ihrer, wie die Erfahrung zeigt, ebenso richtigen wie vorausschauenden Forderungen erwarten. *Die Regierung hat immer, immerhin ist immer alles Ockerreich im Aufklärung begriffen. (H. M. Weiskirchner)*  
Die Gemeinde Wien war immer bereit, ihren Teil an der Verantwortung, ihren Teil an der Last der Arbeit zu übernehmen, ja noch viel mehr zu übernehmen, als ihr gesetzlich zukam. Aber eines müssen wir uns bedingen: die Regierung muss wenigstens die gesetzlichen Voraussetzungen für unsere Tätigkeit schaffen, nicht aber uns mit gestundenen Händen allen Uebelständen überantworten und ruhig zusehen, dass die schlecht berichtete Bevölkerung *und nun folgt informierte Presse* der Gemeindeverwaltung die Schuld an Uebelständen zuschiebt, welche einzig und allein auf die Untätigkeit unserer Regierung zurückzuführen sind.

GR. Loewenstein stellt folgende Anfrage: Das Umfassen der spanischen Grippe hat für die Bekämpfung derselben bisher nur zwei Massnahmen gezeitigt u. zw. Schliessung sämtlicher Schulen und Bereitstellung von Baracken für die an spanischer Grippe erkrankten Personen. Es wird gefragt: 1.) ob die erwähnten Massnahmen die einzigen Vorkehrungen für die Bekämpfung und zur Hintanhaltung der Verbreitung dieser Krankheit sind, 2.) wie gross der Bettbedarf der Baracken ist, welche zur Aufnahme der erkrankten Personen dienen sollen, 3.) ob genügende Transportmittel für die Ueberführung der Erkrankten bereitstehen, 4.) ob eine genügende Menge von Medikamenten sichergestellt wurde und 5.) ob eine entsprechende Anzahl von Ärzten für die Behandlung der Zivilbevölkerung vorhanden ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich möchte diese Interpellation so verallgemeinern, dass sie an den Minister für Volksgesundheit gerichtet werden kann. Die Begründung für die Schaffung des Ministeriums kann durch sein jetziges Verhalten nicht gefunden werden. Was im Wirkungskreis der Gemeinde gelegen war, ist sofort geschehen. Ohne die Verfügung der Oberbehörden abzuwarten, habe ich Montag die Schliessung sämtlicher Schulen verfügt. Der Landes-Sanitätsrat hat Montag nachmittags darüber Beschluss gefasst.

Was die Beantwortung der einzelnen Fragen betrifft, so bemerke ich folgendes: Der Landes Sanitätsrat hat sich nur für die beschränkte Anzeigepflicht ausgesprochen. Durch Vermehrung von 300 Betten und Abgabe der Kranken an das Kriegsspital Nr. 1 und die Krankenhäuser, sowie durch Bereitstellung von 400 Betten im Kriegsspital Nr. 2 und ~~in~~ <sup>im</sup> das Notspital Meidling sind mehrere 100 Betten bereitgestellt. Transportmittel sind dormalen ausreichend. Bezüglich des Medikamentenbedarfes haben über meine Initiative Verhandlungen mit dem Apotheker-Hauptgremium stattgefunden und in einer dringlichen Eingabe an die deutsche Reichsregierung wurde um die Überlassung der für Wien notwendigen Medikamente ersucht. Ich habe weiters interveniert, damit die im Militärdienst stehenden Aerzte zur Behandlung der Kranken zur Verfügung stehen und habe <sup>in Wien</sup> gerner ersucht, dass eine Anzahl von Magistern, die <sup>in Wien</sup> in militärischen Diensten stehen, ihre Dienste ~~dem~~ <sup>in Wien</sup> widmen können. Die Sache steht so, dass tatsächlich auch hier wieder durch das Zögern der Regierungsorgane eine Beunruhigung in der Bevölkerung platzgegriffen hat. Wir verlangten, dass erhoben werde, welchen Umfang die Krankheit annimmt und dazu ist eine Anzeigepflicht nötig.

Wenn die Zivil und Militärverwaltung zusammenwirken, so wird es hoffentlich bald möglich sein, die Ausbreitung der Krankheiten einzudämmen.

GR. Emmerling stellt folgende Anfrage: Die Einschränkung des Strassenbahnverkehrs hat auf der Linie 40 das Krankenhaus der Wiener Kaufmannschaft vom Verkehr vollständig abgeschnitten. Um diesen Uebelstände teilweise zu mildern, stellt ich am 13. August im Gemeinderat den Antrag, auf der Strassenbahnlinie 41 bei der Max-Emanuelstrasse eine Haltestelle zu errichten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bis heute ist nichts geschehen. Es wird daher gefragt, welchen Wert ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluss hat, wenn die Strassenbahndirektion ihn nach sieben Wochen noch nicht durchgeführt hat, obwohl es sich nur um die Errichtung einer Haltestelle handelt; ferner, was gedenkt der Bürgermeister zu tun, um der Strassenbahnverwaltung klar zu machen, dass die Beschlüsse des Gemeinderates durchzuführen hat?

BGM. Dr. Weiskirchner: Der Antrag auf Errichtung der Haltestelle liegt seit 7. September beim Eisenbahnministerium. Ich werde die Sache dort urgieren und ich lade auch den Herrn Kollegen Emmerling ein, er möge im Ministerium diesbezüglich intervenieren.

GR. Stein stellt folgende Anfrage: Als gestern vormittag die Arbeitseinstellung der Strassenbahnbediensteten erfolgte, kam es bei dem Betriebslokal in der Franzensbrückenstrasse zu einem scharfen Konflikt zwischen den Schaffnerinnen und dem Ingenieur der Strassenbahn Ernst Muhr. Dieser schrie die Schaffnerinnen an, riss sie bei den Fahrtaschen und verlangte schliesslich von der einstweilen erschienenen Wache die Arretierung der Schaffnerinnen, die nicht den Dienst antreten wollten. Die tausendköpfige Menge, die durch das Benehmen des Ingenieurs auf das höchste erregt war, nahm bereits eine drohende Haltung ein und nur das Dazwischentreten des Bezirksvorstehers Dr. Blasel, der die Arretierungen rückgängig machte, verhinderte Tätlichkeiten. Ingenieur Muhr schrie unausgesetzt, ich war 40 Monate an der Front und bin dekoriert und scheint damit sein rüdes Benehmen gegen die Schaffnerinnen begründen zu wollen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, anzuordnen, dass alles schaffmacherische Vorgehen der Strassenbahn-Direktion sofort eingestellt werde, um die hochgradige Erregung der ganzen Bevölkerung nicht unnötig zu steigern. Auch in der inneren Front ist nur mehr ein Verständigungsfriede zu erlangen, Gewalt ist heute das schlechteste Mittel.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die städtischen Strassenbahnen haben über diese Angelegenheit einen ausführlichen Bericht erstattet, der im wesentlichen von dem Inhalt der vorliegenden Anfrage abweicht. Nachdem ich aus dem Berichte entnehme, dass gegen den Bezirksvorsteher Dr. Blasel die gerichtliche Strafanzeige erstattet wurde, so will ich die Beantwortung bis zur Klarstellung durch die Gerichtsverhandlung vertagen.

GR. May weist in einer Anfrage darauf hin, dass im Epidemiespital Zwischenbrücken im 20. Bezirk die an Scharlach erkrankten Personen 42 Tage zubringen müssen und von jedem Verkehr mit der Aussenwelt abgeschlossen sind. Die bereits Genesenen dürfen sich nicht einmal im abgetrennten Hofraume im Freien ergehen, damit keine Uebetragung der Krankheit stattfinden könne. Da in der Spialsbaracke, in welcher die Scharlachkranken untergebracht sind nur ein Krankensaal vorhanden sei, müssen sich dort <sup>in Wien</sup> Genesene, sowie an Scharlach neu erkrankte Personen aufhalten. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister Massregeln treffen wolle, damit dieser unhaltbare Zustand verschwinde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die geschilderten Verhältnisse in normalen Zeiten eine allseitig zufriedenstellende Lösung erfahren könnten. Das Bestreben, sie zu bessern, liege wohl vor, könne jedoch derzeit nicht zum gewünschten Ziel gelangen.

GR. Hohensinner fragt, ob der Bürgermeister bereits Schritte unternommen hat, um die Freigabe des für Schulzwecke unbedingt notwendigen Arbeitsmaterials für den Handarbeitsunterricht an den Mädchen-Volks- und Bürgerschulen zu erwirken.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Seitens der Schulbehörde wurde bereits am 16. August d. J. der n.ö. Landesschulrat ersucht, beim Handelsministerium darauf hinwirken zu wollen, dass den städtischen Lieferanten für Handarbeitsmaterialie solches zugewiesen werde. Ausserdem wird bemerkt, dass den Schulen grössere Mengen von Wolle durch Vermittlung des n.ö. Landesschulrates (Kriegsfürsorge) bereits zur Verfügung gestellt wurden. Die Bestellung weiterer Mengen von Strick- und Stopfwolle erfolgt durch das städtische Wirtschaftsamt. Eine Beistellung von Zwirn und Leinwand jedoch kann mit Rücksicht auf die derzeitige Unmöglichkeit der Beschaffung solcher Artikel nicht erfolgen; übrigens wurde, der Not der Zeit gehorchend, den Intentionen des Bürgermeisters entsprechend, darauf gesehen, dass der Handarbeitsunterricht in den Schulen in der Art erfolge, dass von den Kindern schadhafte Wäsche in die Schule gebracht und daselbst ausgeteilt werde.

Gr. Schäfer weist in einer Anfrage auf die grosse Gefahr hin, welche durch die spanische Grippe entsteht, die eine grosse Beunruhigung in der Bevölkerung hervorruft. Es wäre daher besonders wichtig, dass Gemeinde und Staatsorgane, ansteckende, epidemische Krankheiten treffen, welche durch zurückkehrende Mannschaften eingeführt werden könnten und sofortige Massnahmen bezüglich Baracken, Kriegsspitälern etc. in Angriff nehmen, da wir bei dem Mangel an Spitalern und Aerzten nicht imstande wären, beim Ausbruche einer epidemischen Krankheitsdieselben Herr zu werden. Die jetzige spanische Grippe wäre ein Fingerzeig für die grosse Gefahr, welche eine weitere infektiöse Krankheit bei dem mangelhaften Stand an Ärzten, Medikamenten und Spitalern hervorrufen würde. Es ist unbedingte Notwendigkeit, bei den überfüllten Strassenbahnwagen eine Vermehrung des Betriebes zu bestimmten Tageszeiten eintreten zu lassen und zwar um die Zeit von früh 7 bis 9 Uhr, mittags 12 bis 2 Uhr und abends 6 bis 8 Uhr, da durch die Ueberfüllung der Waggon die Ansteckungsgefahr eine sehr grosse ist. Es wäre daher die Strassenbahndirektion aufmerksam zu machen, dass es von grösster Wichtigkeit ist, eine tägliche genaue Reinigung und Desinfektion der Waggon vorzunehmen und wären hierbei auch alle Stadtbahnen und andere Bahnen mit einzubeziehen.

Der Bürgermeister erwiderte: Die Interpellation des Gr. Schäfer ist eigentlich schon mit der Anfrage des Gr. Koswstein beantwortet und es ist zweifellos, dass die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung alles zu beherrschen hat und dass sich die Regierungs- und Gemeindebehörden bemühen müssen, alles gegen diese auszuweichen. Gegen die jetzige Krankheit kann weiter kein anderes Mittel als der Schutz jedes Einzelnen gegen die Ansteckung empfohlen werden. Die Grippe hat seit jeher eine Verbreitungsweise gezeigt, die unbeeinflusst von Zeit und Ort von Witterungs- und Ernährungsverhältnissen von der sozialen Schichtung der Bevölkerung, wie eine Naturerscheinung vom Westen nach Osten fortschreitet. Sie kam vor Jahrzehnten von Amerika diesmal über England nach dem Kontinent, aus Spanien und hat in den heissen Sommermonaten in der Schweiz unter der gut genährten Bevölkerung ebenso viele Opfer gefordert, wie in dem nördlich gelegenen Schweden mit seinem kühlen Herbsttagen und Herbstnächten. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass die Grippe-Epidemien an einem Ort nur kurze Zeit, einige Wochen - dauern (1889/90 in Wien beiläufig 6 Wochen). Da eben wegen der raschen Verbreitung der Krankheit der nicht immune Teil der Bevölkerung bald durchsucht ist. Die Anregung von der Verdichtung des Strassenbahnverkehrs hängt aber leider davon ab, ob ich genügend Wagen und genügend Fahrpersonal zur Verfügung habe.

Gr. Dr. Klotzberg stellt folgende Anfrage: Der polnische Regentenschaftsrat erlässt an das polnische Volk einen Aufruf, in welchem besonders die Vereinigung aller polnischen Gebiete verlangt, und der territoriale Besitzstand aus Deutschland und Oesterreich herausgeschnitten wird.

Zum Schutze Galiziens haben wir den Krieg im Osten geführt. Zum Schutze für Galizien haben Deutsche ihr Blut und ihr Leben geopfert und für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Galiziens wurden von Oesterreich viele, viele Millionen geopfert, ohne dass diese vielen Millionen und die Kriegskosten, welche auf das Kronland Galizien entfallen, irgendwie sichergestellt sind.

Und während unsere Väter, Brüder und Söhne zu abertausenden ihr Blut und ihr Leben für Galizien opferten, haben in Wien abertausende aus Galizien nach Wien Geflüchtete, uns betrogen, bestohlen, die Lebensmittel aufgekauft, mit höchsten Preisen im Schleichhandel verkauft, und die sesshafte Bevölkerung Wiens in der gemeinsten Weise geschädigt.

Noch heute befinden sich Tausende von solchen galizischen, jüdischen Parasiten in Wien - die selbst den Wiener - Juden schon zu wider sind - die nur von Schleichhandel und vom Betrüge leben.

Leute die längst von der Polizei interniert, sowie in Haft genommen werden sollten, Leute die nach Wien zerlumpt, und zerfetzt gekommen sind, der deutschen Sprache kaum mächtig, haben sich sofort auf den Handel sowie Schleichhandel geworfen, alles aufgekauft und haben tausende, ja in vielen Fällen, Millionen verdient, und die sesshafte Wiener Bevölkerung, die angestaunten Bewohner Wiens betrogen und bestohlen.

Auf betrügerische Weise haben diese Parasiten aus Galizien - die wie schon früher erwähnt, selbst den Wiener Juden lästig sind - , schweres Geld erworben, und sind zu Hunderten auch Wiener Hausherrn geworden, und betreiben mit den Wohnungen den grössten Wucher und schädigen auf solche Weise die arischen Wiener Hausherrn.

Der sesshafte Wiener Hausherrnstand vom alten Schrott und Korn verhält sich feierlichst mit diesen Wucherern in einen Topf geworfen zu werfen.

Nun frage ich Seine Excellenz den Herrn Bürgermeister ob derselbe derselbe Schritt bei der Regierung in energischer Weise unternehmen will, damit diese tausende von galizische Parasiten endlich von Wien abgeschoben werden und obwohl, wie früher erwähnt, dieselben in der gemeinsten Weise die Wiener betrogen und bestohlen haben, ohne dass den selben ihr betrügerisches Handwerk gelegt wurde und wenn, dann waren die Strafen viel zu gering-, wo eigentlich Rad und Galgen am Platze gewesen wären. ( Bravo-Rufe )

Der Bürgermeister erwidert: Da ich es für notwendig erachte, die in dieser Anfrage enthaltenen Angaben amtlich überprüfen zu lassen, so behandle ich sie als Antrag und übergebe sie dem Magistrat zur Berichterstattung.

Gr. Frasz & Kollegen beantragen, der Gemeinderat wolle beschliessen, an das Abgeordnetenhaus und an die Regierung das Verlangen zu richten, die Gehaltsverhältnisse der Privatangestellten einer gesetzlichen Regelung zuzuführen, Mindestanfangsgehälter festzulegen und die Bestimmungen zu treffen, dass im Falle ausserordentlicher Teuerungen besondere Zulagen gewährt werden müssen und in welchem Ausmass dies zu geschehen habe.

Gr. Frasz & Kollegen beantragen, der Gemeinderat wolle den Stadtrat beauftragen, an das Ministerium für soziale Fürsorge und an die gesetzgebenden Körperschaften mit dem Verlangen heranzutreten, nicht nur für die Staatsbediensteten, sondern auch für die Privatbeamten eine Entschuldungsaktion in die Weg zu leiten. Bis zur Erledigung der Angelegenheit durch die Gesetzgebung ist die Regierung zu ersuchen, Massnahmen zu schaffen, die es der Privatbeamtschaft ermöglichen, billige Darlehen für die Dauer der jetzigen Verhältnisse zu erhalten. Dies könnte insbesondere in der Art geschehen, dass ein namhafter Betrag den fast in allen Kronländern

bestehenden Unternehmungen für Kriegsfürsorge für Privatangestellte, oder einem eigenen zu schaffenden Ausschuss gewährt wird.

Gr. Körber und Genossen beantragen, inselange der Autobusverkehr Pötzleinsdorf - Neustift am Walde durch ein Gebrechen der Autos unterbleibt, den Strassenbahnverkehr an der Pötzleinsdorferstrasse bis zur Endstation fortzusetzen.

Gr. Huschauer beantragt, der Gemeinderat wolle beschliessen, dass vom Austausch der Messingklängen und der weiteren Abgabe von Metallgegenständen Abstand genommen werde.

Die Anträge wurden der gesetzlich vorgeschriebenen Behandlung überwiesen. Nach Erledigung des Einlaufes macht Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Mitteilung:

Mit atemloser Spannung erwartet die Welt die Antwortnote Wilsons auf das Friedensangebot der Mittelmächte. Ich habe heute das Telegraphen Bureau ersucht, falls eine Antwort einlaufen sollte, mir dieselbe sofort zu übermitteln, um sie dem versammelten Gemeinderat zur Kenntnis bringen zu können. Die Antwort, welche ich hier in den Händen habe, bezieht sich nicht auf das Oesterreicher Friedensangebot, sondern ist an die deutsche Regierung gerichtet.

Nach Verlesung der Depesche des Korn-Bureaus spricht der Bürgermeister:

„Ich bitte Sie dies zur Kenntnis zu nehmen, Trotz der ungemein ernsten Lage, in der sich die Mittelmächte und mit ihnen Oesterreich in dieser schweren Stunde befinden, glaube ich, hat der Gemeinderat unentwegt seine Pflicht zu erfüllen und wir gehen daher zur Tagesordnung unserer heutigen Sitzung über.“

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Gr. von Steiner legt ein Uebereinkommen zwischen der Gemeinde Wien namens des allgemeinen Versorgungsfonds und dem Hofarar bezüglich der Gründe in der Lobau vor (Angenommen).

Gr. Tomola beantragt die Erhöhung des Requisitenpauschales für Schulen um 100%. (Angenommen).

Nach einem weiteren Antrage des Gr. Tomola wird ein Betrag von 23.000 Kronen für die Ausgestaltung der Tagessporthalbestätte am Schafberg für den Winterbetrieb genehmigt.

Nach einem Berichte des Gr. von Steiner wird behufs Schaffung einer staatlichen Fachstelle für Arznei- und Nutzpflanzenbau in der Nähe der Kaiser Karl-Kriegerheimstätten in Aspern mit dem k.k. Aerar ein Baurechtsvertrag abgeschlossen.

Gr. Hötzel legt ein Uebereinkommen über den Tausch von Gründen im 16. Bezirke zur Erweiterung des Ottokringer Friedhofes vor. (Angenommen).

Gr. Hötzel beantragt die Auflösung der Bezirksvertretung des 16. Bezirkes wegen eingetretener Beschlussunfähigkeit.

Gr. Nach Einwendungen des Gr. David, die sich auf die Vorgänge bei der seinerzeitigen Konstituierung der jetzt aufzulösenden Bezirksvertretung beziehen, werden die Anträge des Referenten genehmigt.

Gr. Hötzel beantragt den Ankauf des Hauses Ottokringerstrasse 147 um 82.000 Kronen zur Ermöglichung der Eröffnung der Krugergasse.

Gr. Melcher wünscht, dass auch in anderen Bezirken derartige Hauseinlösungen etwas rascher vor sich gehen, um manche Terrains der Regulierung und der jetzt so dringenden Verbauung zur Abhilfe der Wohnungsnot zuführen zu können.

Die Referentenanträge werden schliesslich genehmigt.

Vize-Bgm. Rein berichtet über die Widmung eines Betrages von 10.000 Kronen für die Opfer der Wöllersdorfer Explosionskatastrophe.

Gr. Stein gibt hiebei dem Wunsche Ausdruck, dass eine Untersuchung eingeleitet werden möge, um das Verschulden der beteiligten Faktoren festzustellen, damit in Zukunft derartig grosser Katastrophen vermieden werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.  
Vize-Bgm. Hertelmann übernimmt den Vorsitz.  
Vize-Bgm. Rein legt den bereits bekannten Bericht des Wiener Magistrates über dringende Approvisionsanträge vor, und sagt:  
Allgemein ist die Meinung verbreitet, dass die Gemeinde das Preis-Einkaufrecht habe, was leider aber nicht der Fall ist, denn sie ist auf die Zentralstellen ebenfalls angewiesen. Ebenso erwiesen ist die Tatsache, dass die zentrale Bezirksverwaltung Schlichtungsgeldern hat und die Zentralstellen stehen. Trotz hundert von Verordnungen blüht der Schleichhandel mehr wie früher, was Geld hat kann alles bekommen, doch

tansende des Proletariats und des Mittelstandes sind in schwerster Sorge das Wichtigste für sich aufzubringen. Die heutige Debatte soll in letzter Stunde eine Meinung an die Regierung sein, sich über ihre Aufgabe gegenüber der 2 Millionenstadt bewahren zu werden, welche um Recht hat, für ihre 9 jährige Treue im Krieg zu fordern, vor dem Hungertode bewahrt zu bleiben.  
Vor Beginn der Debatte machte der Bürgermeister Mitteilung von der Antwort auf die Referentenanträge - ungarische Friedensnote.

GR. Skaret: Ich glaube, dass sowohl hier in der Gemeinderatsversammlung auch von Franzensring aus genügend Anforderungen an die Regierung ergangen sind, aber es hiesse dieser Regierung oder der verflochtenen viel zu viel Ehre antun, wenn man hofft, von ihr Abhilfe zu erlangen. Die Mahnung in letzter Stunde klingt ganz schön, aber wir müssten eine Regierung haben, die die Fähigkeit besitzt tatsächlich auf dem Gebiete der Verwaltung und dazu gehört die Lebensmittelfrage, etwas zu leisten. Von der Regierung angefangen bis hinunter zu den Bezirkshauptmannschaften und von diesen bis zu den einzelnen Gemeindevorstehern, ist alles in den desolatesten Verhältnissen und ist von dieser Seite eine Abhilfe nicht zu erhoffen. Angesichts der vorliegenden und zu gewärtigenden Kriegserklärungen hat Deutschland bereits im Jahre 1914 alle Lebensmittelzölle aufgehoben, um noch einführen zu können, was einführen möglich war. Die österreichische Regierung verhandelte mit der ungarischen ob die Zölle aufzuheben seien, letztere natürlich weigerte sich wie immer es kam zu keinem Ergebnis und erst man im neutralen Ausland die Ausfuhrverbote erliess, erst dann und in Oesterreich überdies noch 2 Monate später wurden erst die Lebensmittelzölle aufgehoben.

Wenn unsere Regierung ihre Abhängigkeit von Ungarn nicht beseitigen kann, so hat sie nichts gelernt und nichts vergessen. In der Fürsorge für die Provisionierung steht unsere Verwaltung noch auf demselben Standpunkte wie im August 1914. Sie lässt die Not bis zum Gipfelpunkt anwachsen und wenn dann nichts mehr zu machen ist, kommt eine Verordnung.

Der Redner wendet sich sodann gegen die Bemerkungen des Berichterstatters hinsichtlich der Zentralenwirtschaft, gibt seiner Meinung darüber Ausdruck, dass durch den freien Handel die Sache nicht nur nicht besser, sondern sicherlich schlechter geworden wäre und erklärt, dass bei einer ordnungsmässigen zentralen Bewirtschaftung diese sich bewährt haben würde. Der Redner stellt schliesslich folgenden Zusatzantrag: Die Regierung wird aufgefordert, die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und mit den Verbündeten nachdrücklich zu führen und so zu ermöglichen, dass die Brot- und Mehlversorgung in Oesterreich jener dieser Länder gleichgestaltet und dass die gleichmässige Versorgung bis zum Schlusse des Wirtschaftsjahres 1918/19 sichergestellt werde. Das Brotpreise des Wirtschaftsjahres 1917/18 sind allgemein wieder herzustellen. Der Redner bemerkt sodann: Recht bezeichnend ist es, dass Wilson nur die Note Deutschlands beantwortet hat, jene Oesterreichs aber nicht. Wir bilden also eigentlich nichts mehr als ein Anhängsel während des ganzen Krieges fragen aber die ganzen ungeheuren schweren Opfer des Krieges.

GR. Dr. Hein erklärt sich mit den vorliegenden Anträgen einverstanden. Es sei notwendig, dass der Wiener Gemeinderat in dieser furchtbaren Ernährungsfrage seine Stimme erhebt auf die Gefahr hin, dass es uns nichts nützt, dass die Bestrebungen der Gemeinde an der Indolenz der Regierung an der Unfähigkeit unserer ganzen Verwaltung abprallen. Er wendet sich gegen beide Arten des Garantiefondes, da die Fabriken genügend Gewinn eingeholt hätten und die Produzenten, Agrarier, die genug auf Kosten der Wiener Bevölkerung verdient hätten. Es sei keine Notwendigkeit, derartige geheime Fonde zu stiften, die merkwürdiger Weise stets verwaltet werden. Die Absichten Schleichhandels als Hochverrat zu behandeln, sei nicht notwendig, denn es sei überflüssig, die Zahl der Hochverräter in Oesterreich zu vermehren, denn schliesslich würde es dann nichts anderes hier, als Hochverräter geben. Der Redner wendet sich sodann in scharfen Worten gegen den schleppenden Gang der Kompensationsverhandlungen mit Ungarn und spricht sich überhaupt gegen an zu Ungarn leistende Kompensationen aus. Eine solche Abwehr der Verantwortung von sich abzuwälzen, wäre bloss die von ihm oft erwähnte Niederlegung der Gemeinderatsmandate. Seine Partei stimme zwar den Anträgen zu, doch verspreche sie sich nicht viel davon. Die Situation lässt sich nicht einen Tag länger halten.

GR. Abg. Mayer: Unter dem Eindruck der beiden hier verlesenen Noten fällt es mir eigentlich schwer, über die Ernährungsfrage zu sprechen, über die so oft in diesem Saale leider ohne die geringste Befriedigung debattiert haben. Wenn wir es dennoch tun, machen wir es nur, um unserer Pflicht nachzukommen und um der Bevölkerung zu zeigen, dass wir uns nicht versagt machen lassen und wiederum unsere Stimme zur Regierung erheben. Wir können weder die desolaten Wirtschaft beseitigen, noch den Einfluss der Oesterreichischen auf die ungarische Regierung so stärken, dass das werde, was wir im Jahre 1914 schon verlangt haben: Eine gemeinsame Schlüssel, aus der Oesterreich und Ungarn zu gleichen Teilen seine Bevölkerung beteiligt. Das Problem der Zwangswirtschaft hat vollkommen versagt und alle an sie geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt. Es hat aber <sup>Zustände geschaffen</sup> ~~ausser dem Zustand~~, die schlechter sind, wie die grössten Auswüchse, die eventuell die freie Wirtschaft mit sich gebracht hätte. Die Zwangswirtschaft hat zum Schein Preise gezeitigt, aber auch den Schleichhandel, der viel höhere Preise gerbaucht hat, viel höhere als es der freie Handel getan hätte. Zur Hebung der Produktion hat es nicht beigetragen, da jeder Anreiz fehlte. Das zweite Uebel ist das unglückselige Verhältnis zu Ungarn, das Schuld ist an einem Niederbruch der inneren Front, was wohl sich auch bitter an jenen rächen wird, die dazu geführt haben. Wenn wir die heutige Politik in Ungarn betrachten, beweist dies nur den Umstand, dass Ungarn auf sich selbst sieht und uns vollkommen ignoriert. Wir verlangen daher von der Regierung Ordnung im eigenen Lande und geordnete Verhältnisse mit Ungarn. So lange wir dies nicht miterleben, so werden unsere Debatten nutzlos sein. Es ist die heiligste Pflicht der Regierung, endlich auf Ungarn einzuwirken, dass es uns ein weiteres Durchhalten ermöglicht.

GR. Hoheninner verweist zuerst auf den ganz kolossalen Unterschied in den Versorgungsverhältnissen mit Nahrungsmitteln zwischen Deutschland und uns, der sich nicht bloss in einer reichlicheren Versorgung äussere, sondern noch viel mehr in den sogenannten Schleichhandelspreisen zum Ausdruck kommen, die bei uns schon lange eine Höhe erreicht haben, die in Deutschland noch lange unbekannt bleiben wird. Eine Ursache der völligen Deroute unserer Lebensmittelversorgung liegt darin, dass Oesterreich der Schauplatz der schwersten innerpolitischen Kämpfe ist und nicht zum geringsten in unserem Sklavenverhältnisse Ungarn. Heute kann man es ruhig sagen, dass der Dualismus sich überlebt hat. Eine weitere Ursache unserer Verhältnisse liegt in dem Herrschen einer ohlärklichen - feudalen Kaste, die nicht nur den ganzen Grossgrundbesitz in Händen hält, sondern auch in allen Banken sitzt und die allein in Oesterreich die Minister auswählen.

Ueber Antrag des GR. Lux wird Schluss der Debatte und über Antrag des GR. Rotter Wahl von Generalrednern beschlossen. Sämtliche Redner sind pro gemeldet.

GR. Spalowsky (Generalredner): bespricht die Ursachen des Schleichhandels und die Mängel der staatlichen Bewirtschaftung. Letztere sei eigentlich nur eine Bewirtschaftung bei der der Staat die Mauer mache. Es werde eine Verordnung zur Bildung einer Zentrale erlassen, eine jüdische Bank finanziere sie und die Masse der Bevölkerung werde ausgeplündert, während wenige sich bereichern. Der Redner bespricht sodann die Versorgung der Bevölkerung mit einzelnen Artikeln. Unser ganzes Ernährungswesen habe bankerott gemacht, weil die Durchführung es an dem notwendigen Ernst und Entschiedenheit hatte fehlen lassen.

Zurückkommend auf die einzelnen Lebensmittel spricht er zuerst über die Herstellung der Mehlquote, die bis heute trotz der Verheissungen des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus und Deputationen gegen über noch immer die gleiche geblieben sei, und zwar 1/4 kg von schlech-

tester Beschaffenheit. Mit den Kartoffeln werden wir von Woche zu Woche hinausgezogen. Die Regierung hat sich bereit gefunden einzelne Haushaltungen 100 kg beziehen zu lassen, was einer Wochenration von 2 1/2 kg entspricht. Infolgedessen habe der Stadtrat beschlossen, dass die übrige Bevölkerung im gleichen Ausmass zu betheiligen sei und zwar mit Anrechnung des Umstandes, dass diejenigen, welche ein Wochenquantum beziehen, auf die Herabsetzung der Quote im Frühjahr werden rechnen müssen, 3 kg erhalten. Heute hat die Regierung eine Quote von 2 kg festgesetzt, was eine Missachtung des Stadtrates von Seiten des Ernährungsamtes bedeutet, wenn man die Forderungen desselben nicht erfüllt und nicht direkt gegen den grössten Teil der Bevölkerung, der sich mit 2 kg abfinden soll, vorgeht. Man denkt auch an die Einführung fleischloser Wochen. Die heutige Ration ist eine so geringe und die Preise zu denen sonst noch Fleisch zu haben ist, sind so enorme, dass die weitesten Kreise der Bevölkerung schon lange den Fleischgenuss abgewöhnt haben. Wenn man auch noch diese Ration einstellen möchte, wäre es eine Herausforderung der Bevölkerung, weil bei der Fleischverteilung noch immer Ungerechtigkeiten vorkommen, da ganze Konsumentenorganisationen (Rufe Rohö) mit grösseren Rationen beliefert werden. Wenn sich der Gemeinderat heute neuerdings mit dem Ernährungswesen beschäftigt, und neuerdings an die Regierung herantritt, damit Massnahmen getroffen werden, um diesen Missständen ein Ende zu machen, so geschieht dies in Erfüllung der Pflicht und um die Regierung auf ihre Verantwortung aufmerksam zu machen, die sie allein zu tragen hat. Der Gemeinderat lehne jede Verantwortung ab, denn er ist überzeugt, dass die Bevölkerung sich das nicht lange mehr wird gefallen lassen. Auf dem Gebiete der Preistreibe und des Schleichhandels wird es sich wohl nicht abweisen lassen, dass es die Juden (Hohensinner: Bauer) sind, welche beschuldigt sind, die zur entsprechenden Verantwortung gezogen werden sollen. Er erklärt, dass er für den Antrag stimmen werde, der dem Willen der Bevölkerung Ausdruck geben soll. An der Regierung liegt es nun, sie habe ihre Pflicht zu erfüllen, dass die Wiener Bevölkerung nicht weiter mit Hunger so gepeinigt werde, wie bisher und damit ihr 4 jähriger Opfermut nicht so wie bisher entlohnt werde.

VB. Rain sagt in seinem Schlusswort: GR. Dr. Hein hat unter anderen erklärt, dass es am besten wäre, wenn der Gemeinderat aus Demonstration die Mandate zurücklegen würde. Ich halte das für einen der unglücklichsten Schritte, weil die Gemeinde Wien gerade in der jetzigen schweren Zeit verpflichtet ist, auf ihrem Posten auszuhalten.....

BGM. Dr. Weiskirchner: Ja wohl wir sind verpflichtet, auf unserem Posten auszuhalten.

VB. Rain: ... auszuhalten, was da kommen wolle.

GR. Hoheninner sagt in einer tatsächlichen Berichtigung unter anderem, dass nicht die Juden allein an der Preistreibe schuldig seien, sondern sich Christen und Juden da gar nichts vorzuwerfen haben.

Lebhafte Zwischenrufe: Er als Christ muss die Juden schützen!

GR. Hoheninner: Es handelt sich für sie bei diesen Zwischenrufen nur um ein Parteiinteresse und ebenso auch für mich (Lebhafte Heiterkeit).

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge mit sämtlichen Zusatzanträgen angenommen.

BGM. Dr. Weiskirchner: So schliesse ich denn diese ereignisreiche Sitzung.

Wilhelm Singer: Morgen (Donnerstag) führt sich der Sterbetag des verdienten Vollen Wiener Publizisten und Präsidenten der internationalen Pressvereinigungen Wilhelm Singer. Dank dem entgegenkommen der Gemeinde wurde eine würdige Urbestattung auf dem Heitzinger Friedhofe für den Verstorbenen gewidmet. Hier wird auch ein Grabdenkmal aufgestellt werden, entsprechend der Bedeutung Singers, der nicht nur im Interesse sämtlicher Publizisten unablässig sich betätigte, sondern auch ein fürsorgender Vater für alle Angestellten seines Unternehmens war.